

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 298 A

BERLIN • Dienstag, den 17. Januar 1933

2. JAHRGANG

Großangelegte Einheitsfront zwischen KP und SP in Belgien.

Die Imperialisten und China.

Gu—n. Als 1931 der Völkerbund sich zum ersten Mal mit dem japanischen Krieg zu beschäftigen hatte, spielte in Genf Briand noch eine Rolle, ein Mann also, der im Ernst den Glauben, daß der Völkerbund eine Macht des Friedens darstellen könne und eines Tages darstellen werde, noch nicht preisgegeben hatte. Die neuen Beratungen über den japanischen Krieg, die am Montag in Genf begonnen haben, werden voraussichtlich von dem Einfluß einer solchen Persönlichkeit frei sein — wenigstens sehen wir bisher keine solche. Auch Rußland wird sich an den Genfer Unterhaltungen nicht beteiligen. Die japanischen Eroberer andererseits sind in schnellem Tempo frecher geworden, und der Fortgang der Weltwirtschaftskrise hat alle Beteiligten rücksichtsloser in der Vertretung ausschließlich der eigenen Interessen gemacht. So wird die neue Fernost-Diskussion voraussichtlich nackter noch als die früheren den Charakter eines imperialistischen Zanks um die chinesische Beute zur Schau tragen.

Das soll uns gewiß nicht hindern, jede Stimme nach Kräften zu verstärken, die sich trotz alledem wirklich für das Recht und den Frieden erheben sollte.

Alle Imperialisten sind darin einig, daß die Türen nach China für den Bolschewismus geschlossen und für die kapitalistische Ausbeutung durch die imperialistischen Mächte weiter geöffnet werden sollen. Man kann sogar annehmen, daß Japans imperialistische Konkurrenten ihrem angriffs-lustigen Kollegen dankbar sind dafür, daß er die Frage, was aus China wird, so drängend auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der Krieg Japans bietet ja den übrigen imperialistischen Mächten einen erwünschten Vorwand, zuzugreifen und die sogenannte „offene Tür“ gründlicher als bisher zu organisieren; d. h. Sicherungen zu treffen dafür, daß jeder an der chinesischen Beute beteiligt wird — nach irgend einem Grundsatz sogenannter Gleichberechtigung; daß jedenfalls die Beute nicht den Japanern allein überlassen bleibt.

Welche einander widerstreitenden Interessen geben nun dem Kampf um die Aufteilung, mindestens um die kapitalistische Ausbeutung Chinas im einzelnen das Gesicht?

Die im Augenblick stärkste Spannung im Fernen Osten ist die zwischen Japan und den USA.

Der junge, rücksichtslose japanische Imperialismus ist seit Jahren auch gegenüber den USA unglaublich frech. Vor 25 Jahren bereits fühlten sich die Amerikaner durch die japanischen Einwanderer bedrängt. In drei Weststaaten der USA (Kalifornien, Oregon, Washington) besaßen japanische Einwanderer 50 bis 75 Prozent des besten Bodens. 1908 trafen die USA mit Japan ein sogenanntes Gentlemen-Abkommen, in dem Japan zusagte, die Einwanderung in die USA in bestimmter Weise zu regeln. Die japanischen Gentlemen aber ließen seitdem fröhlich ihre Auswanderer auf dem Umweg über Kanada und Mexiko nach den USA hineinwandern. Seitdem die Amerikaner sich gegen asiatische Einwanderer abgeschlossen haben (1924), entfaltet die nationalistische japanische Presse eine wüste Hetze gegen die USA, und japanische Diplomaten sprechen offen davon, daß die Frage der japanischen Einwanderung revidiert werden müsse, wenn die USA Frieden im Stillen Ozean wünschten.

Wie ernsthaft man in den USA ein Gewitter über dem Stillen Ozean heraufziehen sieht, zeigt die amerikanische militärische Fachpresse.

Der amerikanische Flottenchef, Admiral Pratt, veröffentlicht soeben eine Artikelserie, in der er den sofortigen Ausbau der amerikanischen Flotte auf die volle, mit dem Londoner Flottenabkommen vereinbarte Stärke fordert.

Auch Roosevelt hat vor einigen Tagen, wie politische Freunde des neuen Präsidenten erklärten, den Standpunkt geäußert, daß die Lage im Stillen Ozean ein neues Flottenprogramm erfordert; gegenüber dieser Rücksicht müsse die Rücksicht auf die Abrüstungskonferenz zurücktreten, die während Hoovers Präsidentschaft die USA veranlaßt habe, ihre Flottenstärke weit unter der in London vereinbarten Grenze zu halten. Der Admiral Pratt vergleicht die Spekulation des amerikanischen Volkes auf einen Dauerfrieden mit der amerikanischen Börsenspekulation von 1929 auf eine Dauerprosperität, die mit einem Börsenkrach endete.



H. M. Am Sonnabend hat die belgische Regierung ihr Finanzprogramm veröffentlicht, das neue, die Arbeiterschaft belastende Maßnahmen enthält. Die Regierung hat sich zur Verwirklichung dieses Programms von der Kammer außerordentliche Vollmachten geben lassen.

Aber die Sanierung der Staatsfinanzen ist nicht die einzige Maßnahme, in der die katholisch-bürgerliche Regierung Brouqueville ihren reaktionären Charakter erweisen will. Diese Regierung ist zustande gekommen kurz nach dem großen belgischen Bergarbeiterstreik dieses Sommers: ihre Anhänger sind durch diesen Streik in Schrecken versetzt worden und verlangen, in Zukunft vor derartigen Beweisen der Macht der Arbeiterklasse verschont zu bleiben. Die Regierung bereitet deshalb eine Art Republikchutzgesetz vor, ein Gesetz „gegen revolutionäre Agitation“.

Der erste, erfreuliche Erfolg der reaktionären Politik und der noch reaktionäreren Absichten dieser Regierung ist die Aufrüttelung der Sozialdemokraten und der mit ihnen verbundenen Gewerkschaften. Im vergangenen Sommer waren die Sozialdemokraten noch eng mit dem Regierungsapparat verbunden, sie beteiligten sich nur widerstrebend am Streik und versuchten gleichzeitig, die Regierung bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Dies änderte sich mit dem Ruck nach rechts in der Regierungspolitik. Die Ernennung Brouquevilles zum Ministerpräsidenten haben die Sozialdemokraten mit der schärfsten Kampfansage beantwortet; sie haben vor einigen Tagen auf ihrem außerordentlichen Parteikongreß in Brüssel erklärt, daß sie bei künftigen Streiks aktiv mitkämpfen würden, daß sie

den Widerstand gegen die Regierung im Lande organisieren

würden. Vandervelde ging sogar noch weiter: er würde vor dem Generalstreik nicht zurückschrecken.

Es ist nicht bei den Worten geblieben. Im ganzen Lande wird die Organisation des Widerstandes ernsthaft durchgeführt, und zwar als

Aufgabe der Einheitsfront.

Sozialdemokraten und Kommunisten arbeiten gemeinsam an dieser Aufgabe, „so daß jetzt in Belgien eine vollständig neue und überaus bedenkliche Lage eingetreten ist“, wie das „Berliner Tageblatt“ besorgt mitteilt.

Die Lage ist nämlich nicht nur in bezug auf die Durchführung des Finanzprogramms mit Hilfe außerordentlicher Vollmachten der Regierung „überaus bedenklich“. Vandervelde ist nicht nur Führer der belgischen Sozialdemokratie, er ist auch Vorsitzender der II. Internationale. Es ist nicht ausgeschlossen,

daß die Herstellung der Einheitsfront in Belgien nur der Anfang einer größeren Aktion ist, nur die erste Etappe eines Planes, die II. Internationale neu zu beleben.

Angesichts der drohenden Kriegsgefahr ist eine derartige Aktion von außerordentlicher Bedeutung. Wenn die belgischen Genossen, die schon im vergangenen Sommer ihren regen Kampfgeist erwiesen haben, jetzt wiederum die Führung in dem großen Kampf gegen Reaktion und Kriegsgefahr

über die amerikanischen See- und Luftflotten-Manöver die im vergangenen Jahre im Stillen Ozean stattfanden, berichtet die amerikanische Militärpresse als über

Kämpfe der „Schwarzen“ gegen die „Blauen“,

wobei hinter den „Blauen“ in Klammern bemerkt wird: Japan. Die Kopfstärke der Armeen, die Mechanisierungs- und Motorisierungsmöglichkeiten, die See- und Luftflottenstärke und die Produktionskapazität für Giftgas werden für beide Staaten verglichen. (Dabei erfährt man übrigens, daß die USA in bezug auf chemische Kriegführung an der Spitze stehen. Sie werden nach 6 Kriegsmonaten

AUS DEM INHALT:

Steldichein der Reaktion.

Wohin gehören die deutschen Bauern?

Das osteuropäische Pulverfaß.

Englische Profite in der Krise.

Der Breslauer Universitätssumpf.

übernehmen, so sollte dies für die Arbeiterschaft anderer Länder, vor allem für die deutsche Arbeiterschaft, ein Signal sein, sich dieser Führung anzuschließen,

ein Signal für jeden Genossen in Gewerkschaft und Betrieb oder wo sonst er Gelegenheit dazu hat, für die Einheitsfront einzutreten, für den geeinten Kampf des internationalen Proletariats, der jedem imperialistischen Krieg Halt gebietet.

Dieses Signal sollte um so mehr beachtet werden, als nicht zu erwarten ist, daß die II. Internationale plötzlich zu einer revolutionären Kraft wird, nur weil Vandervelde die Notwendigkeit des Kampfes eingesehen hat. Es bleibt nach wie vor die Aufgabe jedes einzelnen Arbeiters, die Führer, die sich bisher so schlecht bewährt haben, zu nötigen, den Kampf aufzunehmen oder ihren Platz denen freizumachen, die ihn führen wollen.

Alarm!

Daß die Arbeiterorganisationen alle Ursache haben, wachsam und kampfbereit zu sein und den unfruchtbaren Bruderkampf untereinander einzustellen, beweisen die Vorgänge hinter den Kulissen der Reichsregierung, von denen immerhin soviel an die Öffentlichkeit dringt, um die großen Gefahren der nächsten Zeit erkennen zu lassen.

So verlautet vor allem, daß Schleicher beabsichtige, Gregor Straßer zum Vizekanzler und Preußenkommissar zu ernennen! Jenen Straßer, von dem der gegen Arbeiterführer gerichtete Satz: „... und gehenkt wird doch!“ bei der Arbeiterschaft noch in schlechter Erinnerung ist. Auch von einer Kombination Straßer-Hugenberg-Stegerwald (!) wird gemunkelt. Tatsächlich war Hugenberg nach seinem Besuch bei Schleicher auch noch bei Hindenburg. Die Regierung, die sonst so dementierfreudig ist, bemüht sich diesmal nicht einmal ihre Maske zu wahren und läßt nur erklären, daß „einstweilen“ über die Umbildung des Kabinetts noch nichts entschieden sei und „noch alle Eventualitäten offen“ stehen.

Außerst wichtig sind in diesem Zusammenhang die Drohungen des Schleicherkabinetts mit neuen Terrorverordnungen und Presseknobelnungen. Es handelt sich um jene Verordnung, die Schleicher schon seit seiner Rundfunkrede gegen die Kommunisten (!) in der Schublade liegen hat. Wenn jetzt von ihr vor allem im Zusammenhang mit den Angriffen auf die Regierung durch den Reichslandbund und durch den „Völkischen Beobachter“ die Rede ist, so ist das nur ein Versuch der „Tarnung“ der Absichten Schleichers. Handelt es sich doch hier im Grunde um Organe jener Machtgruppen, mit denen sich Schleicher gerade enger verbinden will. Die neuen Maßnahmen werden sich also gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen richten!

täglich 1000 Tonnen Gelbkreuz herstellen können; Deutschland produzierte während des ganzen Weltkrieges „nur“ 9000 Tonnen Gelbkreuz!

Hoover hat sein Veto gegen die Unabhängigkeit der Philippinen ausdrücklich mit der Gefahr einer diesen Inseln drohenden „Invasion aus dem Fernen Osten“ begründet und hat dieses Veto vorher mit dem Kriegeminister besprochen. Die Philippinen sind für die USA nicht nur ihr wichtigster strategischer Stützpunkt im Stillen Ozean, sondern ein bedeutender Vorposten gegen Asien.

Reuter und Europa-Preß berichteten kürzlich über ein chinesisch-amerikanisches Geheimabkommen über die Anlage

amerikanischer Flottenstützpunkte auf der Hainan-Insel (an der Südküste Chinas) und an einigen Stellen der chinesischen Ostküste bis nach Kiautschau im Norden. Als Gegenleistung sollen die USA der Nanking-Regierung Kriegsmaterial und Anleihen (15 Millionen amerikanische Dollar) zur Verfügung gestellt haben.

Kurz: die Spannung zwischen Japan und den USA verschärft sich stark. Die Amerikaner würden zweifellos gern sehen, wenn Rußland die Japaner etwas in Schach hielte. Hinter der russisch-chinesischen Aussöhnung soll amerikanische Ermunterung stecken, und von Roosevelt sagen seine Parteifreunde, daß er Verhandlungen über die Anerkennung der Sowjetregierung anbahnen würde. Die amerikanischen Demokraten weisen dabei bissig darauf hin, daß die Streichung der zaristischen Schulden durch die Sowjets kein stichhaltiger Grund für die Nichtanerkennung der Sowjetregierung mehr sein könne, seitdem auch andere Schuldner, insbesondere Frankreich, ihren Verpflichtungen gegenüber den USA nicht nachkämen.

Der dritte Imperialist am Stillen Ozean ist England. Es ist vor allem daran interessiert, daß weder Japan noch Amerika in diesem Gebiet eindeutig überlegen ist. Mögen sich diese beiden bedrohen und gegenseitig in Schach halten; England wird sich bis auf weiteres nicht auf die Seite des einen oder anderen schlagen; wird abwarten; wird als Vermittler seine Hand mit an der Beute haben. Natürlich

wird England einer der eifrigsten Hüter der „offenen Tür“ in China sein. Es wird also nichts dagegen haben, daß Japan die Mandchurei und den Norden Chinas endgültig einsteckt, wenn nur England im Süden oder an anderer Stelle Chinas ein entsprechendes Stück der Beute bekommt.

Diese Beute braucht nicht in der plumpen japanischen Form der Annektion ganzer Provinzen eingesteckt zu werden — England kennt unauffälligere, vielleicht billigere Formen der kapitalistischen Erschließung von Märkten. Auf der Grundlage einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Verständi-

gung über eine derartige Teilung der chinesischen Beute wäre die freundliche Behandlung, die England neulich in Genf den Japanern zuteil werden ließ, verständlich.

Frankreich ist am Stillen Ozean zwar auch, aber doch weniger stark interessiert als die anderen. Seine Stellungnahme in Genf wird wohl mehr von europäischen Interessen her bestimmt. Frankreich ist eine am Völkerbund besonders stark interessierte Großmacht. Dieses Interesse zielt ab teils auf Sicherung gegen den Bolschewismus; teils auf Garantie für Versailles; im ganzen auf die Organisierung der französischen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent. Frankreich ist also daran interessiert, daß der Völkerbund nicht an der Belastungsprobe, auf die ihn der ungestüme japanische Imperialismus gestellt hat, vollends zerbricht. Also: Vorsicht gegenüber Japan, damit dies nicht den Völkerbund sprengt; andererseits mögliche Vermeidung einer noch weiteren Blamago des Völkerbundes vor der Welt.

Die Imperialisten, die um ihren Beuteanteil am chinesischen Volkskörper handeln, haben in Genf keinen Gegenspieler. Denn

„China“ ist in Genf nicht vertreten, aus dem einfachen Grunde, weil es China als politisch organisierte nationale Macht gar nicht gibt. Die Nanking-Regierung hat mit einer Zentralregierung kaum mehr gemeinsam als den Namen und die zentrale Einkassierung des unter Kontrolle der fremden Mächte stehenden Seezolls. Eine andere Rolle als die eines Mit-Konkurrenten um die Beute auf Kosten des chinesischen Volkes ist in der Politik Nankings nicht zu erkennen. Dabei steht hinter dieser Politik derjenige Imperialismus, von dem Nanking finanziell abhängig ist. Auf diesem Wege kann auch der amerikanische Imperialismus, obwohl nicht unmittelbar in Genf vertreten, dort ein Sprachrohr finden.

Im ganzen: ein äußerst abstoßendes Bild, das die Frage nach der Fernost-Politik der einzigen nicht-imperialistischen Großmacht aufdrängt und damit die Frage der russischen Außenpolitik überhaupt.

Verschärfter Krieg in China.

Nach chinesischen und japanischen Meldungen hat eine chinesische Gegenoffensive an den Grenzen der Provinz Jehol und der mandchurischen Provinz Fengtien

von neuem heftige Kämpfe eingeleitet. Der Gegenstoß soll bis in die Mandchurei hineinreichen und die rückwärtigen Verbindungen und Stützpunkte der Japaner erfolgreich angegriffen haben. 30 000 chinesische Freischärler sollen an den neuen Kämpfen beteiligt sein.

Auch in der ostmandchurischen Provinz Kirin kämpfen von neuem chinesische Freischärler — japanische Meldungen sprechen von 11 000 Mann — gegen die Japaner.

Sowohl die Chinesen als auch die Japaner ziehen neue Truppen heran. 25 chinesische Transportzüge sollen auf der Bahn Hankau-Peping liegen. Tschiang Kai-Schek soll von 200 000 Mann gesprochen haben, die er mobilisieren werde; die neuesten chinesischen Zeitungen sprechen von einem bereits zusammengezogenen Heer von 400 000 Mann. Es würden in aller Eile Vorbereitungen getroffen, um dieses „Heer“ gegen die Japaner einzusetzen. Das japanische Oberkommando hat beschlossen, die japanischen Truppen bei Schanghaikwang um zwei neue Brigaden zu verstärken.

Nanking hat dem Generalsekretär des Völkerbundes und den nicht-japanischen Signatarstaaten des sogenannten Boxerprotokolls von 1901

(USA, England, Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Holland) eine Protestnote gegen das Vorgehen Japans über-

mittelt. Japan habe das Protokoll verletzt. Japan andererseits beruft sich für sein Vorgehen bei Schanghaikwang auf einen Nachtrag zum Boxerprotokoll. Man sieht:

neue Genfer Kommissionen würden einen ausgedehnten juristischen Gesprächsstoff finden.

Das Boxerprotokoll, das den Chinesen 1901 aufgezungen worden ist, verbietet ihnen, an der Bahn von Peking zum Meer Truppen zu halten.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat die neuen Genfer Unterhaltungen bereits am Sonnabend mit dem

Vorschlag einer neuen „Einigungsformel“, die den Wünschen der japanischen und der chinesischen Regierung Rechnung trägt,

begonnen. Rußland und die USA haben jede Teilnahme an den Genfer Vermittlungsverhandlungen abgelehnt.

Der japanische Ministerpräsident meint, daß „aus außenpolitischen Rücksichten“

das japanische Parlament nicht, wie vorgesehen, am 20. Januar zusammentreten, sondern sich auf unbestimmte Zeit vertagen solle.

Er verhandelt über diese Meinung mit den Parteiführern.

In Moskau wird im Staatsausschuß des Völkergesandtschaften der Sowjetunion der Staatshaushalt für 1933 beraten. In einer Meldung aus Moskau heißt es, daß wegen der außenpolitischen Spannung im Fernen Osten eine Herabsetzung der Ausgaben für Armee, Marine und Luftflotte nicht in Frage komme.

Zeitungen laufen Gerüchte um, Vorbereitungen zu einer allgemeinen Mobilmachung seien im Gange, die ungarische Regierung habe alle Reserveoffiziere zum 1. März zu den Waffen gerufen, männlichen Personen im Alter von 18 bis 36 Jahren würden die Pässe künftighin verweigert werden u. s. w. Es erübrigt sich fast, zu melden, daß in Budapest erklärt worden ist, diese Gerüchte seien glatte Erfindungen, und Ungarn sei derartige Hetzkampagnen bereits gewohnt. Ob die tschechischen Meldungen wahr sind oder nicht, die bloße Tatsache der Verbreitung solcher Gerüchte ist eine hinreichende Kennzeichnung der Lage in Osteuropa!

De Valera, König von Irland.

In einer Wahlversammlung der Cosgrave-Partei in Dublin erschienen Anhänger DeValeras, die die Rede Cosgraves durch dauernde Rufe wie „Es lebe De Valera!“ und „Wir wollen DeValera zum König von Irland machen!“ störten. Da Fianna Fail, die Partei des irischen Ministerpräsidenten, sich für die Errichtung einer irischen Republik einsetzt, ließe sich hier das Wort des sächsischen Königs anwenden: „Ihr seid mir scheene Rebubli-ganer!“

Die spanischen Flüchtlinge in Portugal.

Die in der Sylvesternacht aus der spanischen Strafkolonie Villa Cienceros entflohenen spanischen Monarchisten sind nach vierzehntägiger Seereise in Portugal gelandet, wo die faschistische Regierung ihnen das Asylrecht gewährt hat.

Ein lohnendes Geschäft.

In Barcelona wurde ein Polizist verhaftet, nachdem entdeckt worden war, daß er einen schwunghaften Waffenhandel betrieb. Er verkaufte Pistolen und andere Waffen zu äußerst günstigen Preisen an Syndikalisten und ergänzte auf diese Art sein Gehalt.

Die Bildung der neuen griechischen Regierung ist dem Führer der Progressiven Partei, Kaphandaris, übertragen worden.

Die Lage der südafrikanischen Regierung hat sich wider Erwarten durch das endgültige Scheitern der Koalitionsverhandlungen wesentlich gebessert. Man nimmt an, daß die Pläne des Herrn Tielman Roos, der eine Regierung auf breiter nationaler Grundlage zustandebringen wollte, jetzt begraben und die Aussichten der Regierung Hertzog besser denn je seien.

Die neue rumänische Regierung ist von Vajda Wojwod gebildet worden.

Wie stehen die französischen Sozialisten zur Regierung?

Die Frage, wie die S.F.I.O. (Französische Sektion der II. Internationale) sich zur Beteiligung an der Regierung stellen soll, spielt in der Partei schon seit langer Zeit eine große Rolle und wird in der Parteipresse besonders seit dem Sturz der Regierung Herriot wieder in steigendem Maße erörtert. Angesichts der kritischen Lage, in der die Regierung Paul-Boncour sich wegen der Sanierung des Budgets befindet, ist die Stellung der S.F.I.O. zu der Frage, ob sie bereit ist, eine Regierungskoalition einzugehen oder eine radikalsozialistische Regierung zu tolerieren, wieder von aktueller Bedeutung.

Am Dienstag wird der Kammer das zweite Budgetzwölftel vorgelegt werden. Der Inhalt des Finanzplanes der Regierung ist bisher nur den Gewerkschaften bekanntgegeben worden, die daraufhin die Beziehungen zu der Regierung abgebrochen haben. Daß der Plan drei Punkte enthält, die den Forderungen der S.F.I.O. widersprechen, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen. Diese Punkte sind: Senkung der Beamtengehälter, Erhöhung der Verbrauchssteuer, unzulängliche Senkung der Rüstungsausgaben.

Der rechte Flügel der Partei unter Renaudel erklärt jetzt offen, auch im „Populaire“, die sozialistische Partei hätte in eine Regierung Paul-Boncour mit eintreten sollen. Niemals ist diese Forderung so deutlich von diesem Flügel ausgesprochen worden — was besonders wichtig ist angesichts der Tatsache, daß die Zugeständnisse, die Paul-Boncour zu machen bereit war, viel weniger weit gingen als die Herriots im vergangenen Sommer. Dieser rechte Flügel der sozialistischen Partei, der von Monat zu Monat mehr nach den Ministersesseln schielt, scheint auch innerhalb seiner Partei an Macht zu gewinnen.

Mit Recht weist der linke Flügel der sozialistischen Partei, deren Wortführer jetzt Lebas ist, darauf hin, daß solche Koalitionsregierung die Gefahr in sich schließt, daß die großen Fehler der deutschen Sozialdemokratie sich in Frankreich wiederholen werden. Weder Regierungsbeteiligung, noch unbedingte Unterstützung einer radikalen Regierung (nach dem Grundsatz des kleineren Übels), sagt Lebas. Der Parteisekretär Paul Faure, der auch dem linken Flügel angehört, erklärt offen,

daß er wenig von der „armen Politik der parlamentarischen Kulisen“ hält und einen wesentlichen Fortschritt nur auf dem Wege der gewaltsamen Revolution für erreichbar hält.

Nach Ansicht von Lebas hätte die sozialistische Partei nicht für das erste Budgetzwölftel stimmen sollen und darf auch nicht für das kommende zweite Zwölftel stimmen, und zwar hauptsächlich wegen der Höhe der Rüstungsausgaben, selbst wenn dies zum Sturz der Regierung führen wird. Bei der Abstimmung über das erste Zwölftel hat er seine Ansicht nicht durchsetzen können und darum auch selber für die Regierung gestimmt. Wie wird es ihm und seinen Freunden bei der Abstimmung über das zweite Zwölftel ergehen?

Dabei kommt viel auf die Stellung Léon Blums und der Mittelgruppe der Partei an, die einstweilen noch ausschlaggebend ist. Ihre Ansicht wird im „Populaire“ vom 8. Januar wiedergegeben. Blum sucht wie immer nach einer einigenden Formel: Er findet sie dieses Mal in der Losung, die Sozialisten sollten gemäß dem Willen der Wähler der jüngsten Kammerwahlen handeln. Solange die Stützung einer radikalen Regierung mit diesem Volkswillen in Übereinstimmung ist, sollen die Sozialisten eine solche Regierung stützen, aber nur so lange. Aber wofür hat sich dieser Volkswille am 1. und 8. Mai bei den Wahlen eingesetzt? Für gewisse Forderungen, antwortet die Parteileitung, die dem Programm der Radikalen und der Sozialisten gemeinsam sind: Wahrung des Friedens durch erhebliche Senkung der Rüstungsausgaben, Verstaatlichung des Versicherungswesens und der Eisenbahnen, Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffung. Solange die Radikalen bei diesen — ihren eigenen — Forderungen bleiben, sollen sie die Unterstützung der Sozialisten haben. Sobald sie aber diesen Forderungen zuwiderhandeln — und das kann gerade bei Gelegenheit des zweiten Budgetzwölftels eintreten — werden die Sozialisten sich gegen sie wenden und sie, wenn nötig, zu Fall bringen. Dann freilich, so fährt Blum fort, sollen die Sozialisten auch die Regierung übernehmen, wenn sie ihnen angeboten wird.

„Ich bin der Meinung, daß die sozialistische Partei immer bereit sein soll, die Regierung zu übernehmen, daß sie niemals die ihr angebotene Regierung ausschlagen soll, selbst wenn das Angebot offen den Charakter einer List oder einer Falle zeigt.“

Bei solcher Auffassung hat man den Eindruck, daß auch die Parteimitte nach rechts gerückt ist.

Fast erweckt diese Debatte, die zunächst nur in der Presse, bald auch im Parteiausschuß und der Kammerfraktion geführt wird, den Anschein, als ließen die Auffassungen der Mehrheit der Sozialisten in der Kammer nur die beiden Lösungen zu, entweder die Regierung zu unterstützen und also eine Tolerierungspolitik nach bekanntem deutschem Muster zu treiben, oder die Regierung zu stürzen und dann selber die Regierung nach ebenso bekanntem englischen Muster zu übernehmen, — beides gleich verderbliche Taktiken.

Diese Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die parlamentarische Stellung der Partei zur Regierung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Partei einerseits so gut wie ganz darauf verzichtet, einen außerparlamentarischen Druck auf die Regierung auszuüben — worin sie sich erheblich von den Gewerkschaften unterscheidet — und andererseits ihre Stimmen zum Gegenstand fragwürdiger Tauschgeschäfte macht. Gerhard Kumbelen (Paris).

Die französische Regierung trat am Sonnabend zu einem fünfstündigen Ministerrat zusammen, in dem die Finanzvorlage Chérons noch einmal geprüft und gebilligt worden ist. Die Regierung bleibt bei ihrem Beschluß, die Beamtengehälter zu kürzen, will aber die Pensionsrechte der ehemaligen Kriegsteilnehmer nicht angreifen. Stattdessen wird beabsichtigt, eine staatliche Lotterie einzuführen, deren Erlös der Pensionskasse ehemaliger Kriegsteilnehmer zugehen soll. Die Gehälter der Minister werden um 10 Prozent gekürzt.

Paul-Boncour hatte eine weitere Aussprache mit dem Sonderausschuß der sozialistischen Kammerfraktion, der der Regierung angeblich die Unterstützung der sozialistischen Fraktion zugesagt hat für den Fall, daß die Gewerkschaften damit einverstanden seien.

Der Krieg am Amazonas geht wieder los.

De Valera, der amtierende Präsident des Völkerbundesrates, hat Ende der vergangenen Woche an die peruanische und die kolumbische Regierung telegraphiert und sie zum Frieden ermahnt. Der peruanischen Regierung hat er seine Ueberzeugung ausgedrückt, daß Peru als Mitglied des Völkerbundes sich von allen Maßnahmen enthalten werde, die nicht vollständig in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerbundpaktes stehen.

Einen Tag später (am Sonntag) kommt aus Buenos Aires die Meldung, daß die kolumbische „Kriegsflotte“, nach mehrtägigem Stillliegen auf dem Amazonas, nach Leticia, der wiederzuerobernden Stadt, weitergefahren sei; daß Infanterie und Artillerie im Gebiet um Leticia zusammengezogen würden und kolumbische Flieger bereits dort kreisten, wo für die nächsten Tage Kämpfe erwartet werden.

Vor einer Woche meldeten wir, daß die brasilianische Regierung die Peruaner und Kolumbier an den Verhandlungstisch gebracht hätte und daß ein Waffenstillstand für 90 Tage abgeschlossen worden sei. Aus den Friedensverhandlungen ist jedoch nichts geworden: weder der peruanische noch der kolumbische Gesandte in Rio de Janeiro sind zu den vorgeschlagenen Ausgleichsverhandlungen im brasilianischen Außenministerium erschienen.

Das osteuropäische Pulverfaß. Um die Revision der Verträge.

Im Osten Europas ist die hohe Diplomatie weniger vorsichtig als in den Ministerstuben der westlichen Großmächte. Daher wird im Osten auch bereits unentwegt über „Revision der Verträge“ gesprochen, während im Westen nur die weniger aggressive Formel der „Gleichberechtigung“ auf der Tagesordnung steht.

Bereits auf der letztvergangenen Tagung der Kleinen Entente war davon die Rede, daß die Ententemächte sich, angesichts der wachsenden Revisionsbestrebungen ihrer Nachbarn, enger zusammenschließen müßten.

Am Sonnabend hat der ungarische Außenminister in einer Rede erklärt, daß Ungarn von der Forderung der Revision der Friedensverträge nicht abgehen würde, die eine Voraussetzung für den Frieden sei.

Der tschechische Außenminister Benesch erklärte in einer Rede, er fürchte sich vor den Revisionsbestrebungen seiner Nachbarn nicht. Wenn die Kleine Entente nicht wäre, hätte es in Europa schon längst wieder einen Krieg gegeben.

In der Tschechoslowakei werden über die Absichten Ungarns in bezug auf die Revision der Verträge weit alarmierendere Nachrichten verbreitet, als die, daß Ungarn an dieser Forderung weiterhin festzuhalten entschlossen sei. In Prager

